



Der Vorsitzende des
Ausschusses für Soziales und Gesundheit
der Stadtverordnetenversammlung
Amt der Stadtverordnetenversammlung
E-mail: stadtverordnetenversammlung@wiesbaden.de
Rathaus-Schloßplatz 6-65183 Wiesbaden
Telefon (0611) 31-4554
Telefax (0611) 31-3902
Sachbearbeiter: Herr Weinert

Wiesbaden, 17.01.2013

1. Den Mitgliedern des
Ausschusses für Soziales und Gesundheit
2. Den Fraktionen
3. Dem Magistrat
4. Nachrichtlich
Herrn Stadtverordnetenvorsteher

Einladung

zur öffentlichen Sitzung
des Ausschusses für Soziales und Gesundheit
am Mittwoch, 23. Januar 2013, um 17:00 Uhr,
Rathaus, Raum 22 (EG), Schloßplatz 6, Wiesbaden

- Vor Eintritt in die Tagesordnung findet eine Bürgerfragestunde statt -

Tagesordnung I

1. Genehmigung von Niederschriften über die Sitzungen am 7.11.2012 und 22.11.2012
2. 12-F-03-0164 ANLAGE
Offener Brief des Bündnisses ‚Gemeingut in BürgerInnenhand - für eine kommunale HSK‘ zu
Missständen an den HSK Kliniken
- Beschluss des Ausschusses für Soziales und Gesundheit vom 5.12.2012 -
3. 12-F-03-0093 ANLAGE
Aufklärungskampagne Organspende
- Beschluss des Ausschusses für Soziales und Gesundheit vom 5.12.2012 -

4. 13-F-03-0003

Projekt „Helferinnen und Helfer in Kindertagesstätten“
- Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 14.1.2013 -

In Rheinland-Pfalz - Mainz ist im vergangenen Jahr das Projekt **„Helferinnen und Helfer in Kindertagesstätten“** erfolgreich gestartet. Das Ziel des Projektes ist es, Beschäftigten der Werkstätten für behinderte Menschen (WfbM) den Weg in eine dauerhafte Anstellung vor allem im hauswirtschaftlichen Bereich einer Kita zu ebnen. Durch das Projekt könnte ein Ziel der Inklusion, nämlich dass Kinder auch mit Menschen mit Behinderungen aufwachsen erreicht werden. Sie erleben so Vielfalt, Gleichheit und Unterschiedlichkeit als ganz normal. Für die Menschen mit Behinderung könnte so eine sinnvolle Integration in den Arbeitsmarkt erfolgen und gleichzeitig das Fachpersonal der Kindertagesstätten von Arbeiten im hauswirtschaftlichen Bereich entlastet werden.

Der Ausschuss möge deshalb beschließen:

Der Magistrat wird gebeten:

gemeinsam mit den in Wiesbaden ansässigen zuständigen Organisationen (z.B. dem Gemeinnütziger Verein für Behindertenhilfe Wiesbaden und Rheingau-Taunus-Kreis e.V. (DBS gem. Schulungs-, Service- und Dienstleistungsgesellschaft bmH) und dem Landeswohlfahrtsverband Hessen) zu prüfen, wie und ob ein Projekt „Helferinnen und Helfer in Kindertagesstätten“ analog dem Projekt in Rheinland-Pfalz umgesetzt werden kann und dem Ausschuss sodann zu berichten.

5. 13-F-03-0004

Stellungnahme zum Kinderförderungsgesetz
- Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 14.1.2013 -

Im Dezember 2012 erfolgte die erste Lesung des kommenden Kinderförderungsgesetzes. Nahezu alle freien Träger (Liga der freien Wohlfahrtsverbände, Lebenshilfe) lehnen den Entwurf bisher ab. Eine Einbindung der betroffenen Fachbeteiligten soll nun erfolgen. Die Hauptkritikpunkte sind Absenkung der Qualität in der Kinderbetreuung durch Vergrößerung der Gruppenstärken, Verkürzung der Öffnungszeiten und höherer Einsatz unqualifizierten Personals sowie Fehlen konkreter Maßnahmen für die Inklusion von Kindern mit Behinderung. Die negativen Folgen für Wiesbaden -auch als Trägerin eigener Kindertagesstätten- wären nicht nur in der eigentlichen Kinderbetreuung zu befürchten, sondern durch die verringerte frühkindliche Förderung im gesamten Lebensbereich der jungen Menschen.

Der Ausschuss möge deshalb beschließen:

Der Magistrat wird gebeten:

1. zu berichten, wie er den Entwurf des Kinderförderungsgesetz (Stand 1. Lesung Landtag) fachlich bewertet und
2. in einer Stellungnahme ggfls. über den Hessischen Städtetag an die Landesregierung den bisherigen Entwurf des Kinderförderungsgesetzes abzulehnen und ausgehend von der Kritik der Facheinrichtungen maßgebliche Nachbesserungen zu fordern.

6. 13-F-08-0001

Antrag des Jugendhilfeausschusses vom 10.10.2012
- Antrag der Fraktion LINKE&PIRATEN vom 16.1.2013 -

Aus dem Protokoll des Jugendhilfeausschusses vom 10.10.2012 geht hervor, dass der Jugendhilfeausschuss einen Antrag an die Stadtverordnetenversammlung gestellt hat, der im Folgenden dokumentiert wird:

TOP 11:

Frau Müller erläutert den Hintergrund des Antrags des FA Kinder und Familie. Nach Diskussion wird ein Antrag des Jugendhilfeausschusses an die Stadtverordnetenversammlung zur Abstimmung gestellt:

Der Jugendhilfeausschuss bittet darum zu prüfen, ob den Kindertagesstättenträgern zusätzliche finanzielle Mittel zur Sicherstellung der berufsbegleitenden Ausbildung für Erzieherinnen und Erzieher in den Folgejahren gewährt werden können.

Der Antrag wird bei 14 Ja-Stimmen und ohne Nein-Stimmen und Enthaltungen angenommen.

Der Ausschuss möge beschließen:

Der Magistrat wird gebeten zu berichten, was aus diesem Antrag geworden ist und wo und wie er behandelt worden ist bzw. werden soll.

7. 13-F-08-0002

Mögliche Asbestbelastung Schillerschule
- Antrag der Fraktion LINKE&PIRATEN vom 16.1.2013 -

Als am 29.5.2012 die Holzhandlung Blum abgerannt ist, waren davon auch mit Asbestplatten gedeckte Bauten betroffen.

Der Ausschuss möge deshalb beschließen:

Der Magistrat wird gebeten zu berichten:

1. Sind durch den Brand bei der Holzhandlung Blum Asbestplatten beschädigt worden?
2. Sind dabei Asbestfasern freigesetzt worden?
3. Sind in der angrenzenden Dependance der Friedrich-Schiller-Schule und Kindertagesstätte jeweils Asbestfreimessungen erfolgt?
 - a. Wenn ja, wie hoch waren jeweils die Belastungen der Raumluft?
 - b. Wenn nein, warum nicht?
4. Kann eine Asbestbelastung der beiden Einrichtungen und eine Gesundheitsgefährdung der Kinder und Jugendlichen dort ausgeschlossen werden?

8. 13-F-08-0003

Kita Geschwister Stock
- Antrag der Fraktion LINKE&PIRATEN vom 16.1.2013 -

Angesichts der Ungewissheit über den zukünftigen Standort der Kita Geschwister Stock und der dadurch verursachten Verunsicherung der Eltern wie der Kita-Beschäftigten möge der Ausschuss beschließen:

Der Magistrat wird gebeten,
einen Sachstandsbericht zur Kita Geschwister Stock zu geben.

9. 13-F-08-0004

Misshandlungen in Wiesbadener Altenpflegeeinrichtungen
- Antrag der Fraktion LINKE&PIRATEN vom 16.1.2013 -

Der Presse der letzten Wochen war zu entnehmen, dass Misshandlungen von Pflegebedürftigen, insbesondere durch Leihpersonal, in Wiesbadener Altenpflegeeinrichtungen nicht ausgeschlossen werden können.

Der Ausschuss möge beschließen:

Der Magistrat wird gebeten zu berichten,

1. welche Erkenntnisse ihm über solche Misshandlungen durch Personal an Pflegebedürftigen vorliegen;
2. wie viele Übergriffe bekannt sind;
3. welche Gegenmaßnahmen gegebenenfalls ergriffen wurden.

Sieht der Magistrat einen Zusammenhang von Übergriffen mit

- a. der Qualifikationen der Leiharbeitskräfte,
- b. der Bezahlung der Leiharbeitskräfte,
- c. den Arbeitsbedingungen (z.B. Zeitdruck bei der Ausübung von Pflegetätigkeiten).

10. 13-F-08-0005

Stromsperrern in Wiesbaden
- Antrag der Fraktion LINKE&PIRATEN vom 16.1.2013 -

Aus der Antwort des Magistrats auf die Anfrage der Fraktion LINKE&PIRATEN vom 19. Dezember 2012 geht eine ansteigende Anzahl von Stromsperrern in der LH Wiesbaden hervor.

Der Ausschuss möge beschließen:

Der Magistrat wird gebeten zu berichten:

1. welche Maßnahmen seitens der ESWE Versorgung ergriffen wurden, um eine gegenläufige Entwicklung einzuleiten;
2. ob Erkenntnisse über die Haushalte in den AKK-Stadtteilen, die in der Regel durch die Entega in Mainz versorgt werden, vorliegen (Anzahl der Haushalte, Einsatz von Prepaid-Zählern);
3. ob es zutreffend ist, dass Personen mit Leerstandsperraufträgen keine Neuanmeldungen vornehmen können;
4. ob er die Regelung von der Möglichkeit von Ratenzahlungen ab 250 Euro, bzw. 500 Euro Gesamtforderung, bei einem Regelsatz von maximal 374 Euro für realistisch betrachtet.

11. 13-F-08-0006

Weichmacher in Kinderbetreuungseinrichtungen
- Antrag der Fraktion LINKE&PIRATEN vom 16.1.2013 -

Für die Kinderbetreuungseinrichtungen der LH Wiesbaden gibt es Dienstanweisungen bezüglich der Vermeidung von Weichmachern.

Der Ausschuss möge beschließen:

Der Magistrat wird gebeten zu berichten, inwiefern diese Dienstanweisungen auch auf die Einrichtungen freier Träger übertragbar und für diese bindend sind.

12. 13-F-08-0007

Verbilligte Busfahrkarten
- Antrag der Fraktion LINKE&PIRATEN vom 16.1.2013 -

Viele SGB-Berechtigte berichten, dass sie alljährlich ihre verbilligten ESWE-Fahrkarten erst Mitte Januar erhalten und stellen vermehrte Fahrscheinkontrollen ausgerechnet in der ersten Januarhälfte in den Wiesbadener Bussen fest.

Der Ausschuss möge beschließen:

Der Magistrat wird gebeten dafür Sorge zu tragen, dass die verbilligten Busfahrkarten den Betroffenen zukünftig bereits ab Mitte Dezember zur Verfügung stehen.

13. 12-F-03-0122

ANLAGE

Beitritt Wiesbadens in das Gesunde Städte Netzwerk, Angliederung der Stelle an HSK Rhein Main GmbH
- *Beschluss des Ausschusses für Soziales und Gesundheit vom 19.9.2012* -

14. 13-A-50-0001

Aktuelle Entwicklungen im Sozial- und Gesundheitsbereich

15. Verschiedenes

Tagesordnung II

1. 11-A-50-0009

ANLAGE

Handlauf auf Rathauptreppe
- *Bericht des Oberbürgermeisters vom 11.12.2012* -

2. 12-V-51-0044

DL 02/13-4

Leistungsvertrag für Kindertagesstätten in Trägerschaft der Ev. Kirche

3. 12-V-51-0061

DL 02/13-5

Aktionsplan zur Umsetzung des Übereinkommens über die Rechte von Menschen mit Behinderung der Vereinten Nationen (VN-BRK)

4. 12-V-51-0064

DL 48/12-3

U3 - Ausbauprogramm 48; Schaffung von 30 zusätzlichen Krippen- und 63 Elementarplätzen im Neubau der städtischen Kindertagesstätte Wörther-See-Straße

5. 12-V-51-0074

DL 48/12-4

Geschäftsbericht SGB II 1. Halbjahr 2012

Falls ein Ausschussmitglied an der Teilnahme verhindert sein sollte, wird um Weitergabe der Einladung gemäß § 62 HGO gebeten.

Im Anschluss an die öffentliche Sitzung tagt der Ausschuss nicht öffentlich, falls Tagesordnungspunkte zur Beratung und Beschlussfassung in nicht öffentlicher Sitzung vorgesehen werden.

Ulrich Weinerth
Vorsitzender